

Die Altmark lebenswert!

Ein Beitrag des Kreisverbandes DIE LINKE Stendal zur Altmark-Konferenz 2010

Angeregt durch einen einzelnen Landtagsabgeordneten der Altmark entwickelte die Idee einer „Altmark-Konferenz“ eine ungeahnte Dynamik und stieß sowohl bei der Öffentlichkeit als auch bei einigen politischen Akteuren der Region auf große Resonanz und dies ungeachtet der Tatsache, dass bereits jährlich mit der Regionalkonferenz der Planungsgemeinschaft ein regionales Instrument für die Altmark existiert.

Vor diesem Hintergrund ist die Linkspartei des Kreises Stendal skeptisch, dass mit der Konferenz am 03. Mai 2010 ein qualitativer Sprung bei der Lösung der Probleme der strukturschwachen Region Altmark vollzogen wird.

Dennoch wird sich der Kreisverband in die begonnene Diskussion einbringen. Die nachfolgenden Überlegungen erheben nicht den Anspruch völlig neu und losgelöst von bisherigen Lösungsansätzen für die Altmarkkonferenz formuliert zu sein, sondern sind vielmehr ein Überblick über die von den linken Akteuren in der Region und im Land entwickelten Konzepte und Lösungsansätze für die strukturschwache Region Altmark. Wesentliche Basis ist das im Jahr 2008 vom Landesparteitag beschlossene „Leitbild zur räumlichen Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Land Sachsen-Anhalt“.

Kernziel dieses Leitbildes ist die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Sachsen-Anhalt**. Allein dieser Anspruch macht die große Herausforderung für eine der ländlichsten Regionen Deutschlands deutlich. Anhaltende Abwanderung auf hohem Niveau bedeutet deswegen für eine Region, die bereits traditionell sehr dünn besiedelt ist, einen noch größeren Einschnitt als für andere Regionen.

Dazu sehen wir in folgenden Bereichen Lösungsansätze:

1. Raumordnerische Belange

Die aktuelle Erarbeitung eines neuen Landesentwicklungsplan (LEP) eröffnet auch für Altmark und deren zwei Landkreise die Chance, raumordnerische Aspekte zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Region in die Diskussion einzubringen. Erfolge lassen sich gegenüber dem Land am ehesten erzielen, wenn die Region geschlossen für ihre Interessen streitet.

DIE LINKE ist der Auffassung, die Altmark braucht ein **Oberzentrum**. Die Stadt Stendal ist ein Ort in der Altmark, der eine gewisse Zentralitätswirkung hat und sollte deshalb als Oberzentrum ausgewiesen werden. Stendal soll dann künftig eine akzeptable Versorgung mit oberzentralen Funktionen für die Region sichern. Wenn auch klar ist, dass Stendal auch in Zukunft nicht die volle Angebotspalette eines Oberzentrums vorhalten wird, so sollten doch künftig die für die Region wichtigen Aufgaben in Stendal wahrgenommen werden. Eine entsprechende Ausweisung im LEP sichert den Bestand an Landeseinrichtungen in der Stadt Stendal und wirkt einer weiteren Erosion des Standortes entgegen. Hiervon würde die gesamte Altmark profitieren.

Eine absolute Besonderheit stellt der Elbe-Havel-Winkel dar. Die räumliche Distanz und die eingeschränkte Verkehrsanbindung gefährden die Entwicklungsperspektive dieses Raumes. Um dieser Besonderheit Rechnung zu tragen, fordert DIE LINKE, die Stadt Havelberg als **Mittelzentrum** auszuweisen und mit einer entsprechenden Förderung durch das Land zu versehen.

Im Übrigen sollte bei der Landesentwicklungsplanung der aktuellen Gemeindegebietsreform Rechnung getragen werden. Danach sind die neu entstandenen Einheits- und

Verbandsgemeinden die Gebietskörperschaften, die wesentliche Aufgaben für ihren Zuständigkeitsbereich erfüllen. Die muss sich auch im LEP widerspiegeln. Nach Auffassung der Linkspartei sollten die Einheits- und Verbandsgemeinden im LEP als **grundzentrale Versorgungsräume** ausgewiesen werden , die alle relevanten Entscheidungen treffen und die notwendige Förderung erfahren.

2. Finanzielle Rahmenbedingungen

Grundsätzlich hält DIE LINKE an ihrer Forderung nach einer grundlegenden Gemeindefinanzreform fest. Diese muss die Kommunen wieder in die Lage versetzen, das Leben vor Ort zu gestalten.

Die von CDU und SPD im Landtag getragene Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes hat den notwendigen Schritt hin zu einer aufgabenbezogenen Mittelverteilung nur halbherzig vollzogen. Allerdings ist dieser Novellierung der Flächenfaktor – ein ausgleichendes Moment für dünnbesiedelte Regionen wie die Altmark – zum Opfer gefallen. Die konsequente Umstellung des Finanzausgleichs in Richtung Aufgabenwahrnehmung und Vorhaltung zentraler Funktionen muss Ziel einer Gesetzesänderung sein. Altmarktypische Aspekte, wie etwa die Entfernungen in der Schülerbeförderung und der Straßenbaulast, würden so berücksichtigt werden.

Ferner müssten bei Umsetzung unserer raumordnerischen Gebote diesen neuen Strukturen bei der Mittelverteilung Rechnung getragen werden.

3. Infrastrukturelle Aufgaben

Um das oberste Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreichen zu können, muss allen EinwohnerInnen der Altmark – ob jung oder alt, unversehrt oder mit Handicap – der Zugang zu allen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gesichert sein. Deshalb ist die Erreichbarkeit von Handelseinrichtungen mit Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen wie Post und Geldautomat, Kita, Schule, Hort, Arzt und ähnliche Einrichtungen zentral für das vorgenannte Ziel. Diese Erreichbarkeit kann nach Auffassung der Linkspartei jedoch nicht an den Individualverkehr gekoppelt werden, da dadurch viele Bevölkerungsgruppen von der notwendigen Mobilität ausgeschlossen werden. Deshalb steht für uns die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs an erster Stelle. Hierbei sind alle Modelle, wie Rufbussysteme und „Bürgerbus“ sowie eine bessere Abstimmung der Fahrpläne von Bus und Bahnverkehr, in die Lösungssuche zu integrieren. Zentral ist hierbei nicht nur die Frage des Netzes sondern vor allem auch die Frage der Bezahlbarkeit des ÖPNV. Aus diesem Grund ist die Einführung greifender Sozialtarife aus unserer Sicht zwingend . Perspektivisch sollte im Land Sachsen-Anhalt ein Sozialticket eingeführt werden.

Darüber hinaus sollte die Infrastruktur bedarfsorientiert entwickelt werden.

Infrastrukturprojekte wie etwa die B 190 N inkl. der Elbbrücke bei Havelberg sollten gemeinsam mit den betroffenen Menschen diskutiert und dann umgesetzt werden.

Guter, barrierefreier und vor allem bezahlbarer Wohnraum ist für uns ein Aspekt zur Steigerung der Attraktivität des Lebensraumes Altmark.

4. Bildungsstandort

Mit dem in der Vergangenheit bereits stark ausgedünntem Netz an Kindereinrichtungen und Schulen gelingt es meist noch, den Kindern und Jugendlichen in vertretbarer Entfernung den Zugang zu Bildung zu sichern. Diesem Ziel sollten sowohl künftige Planung als auch alle kommunalen Entscheidungsträger verpflichtet sein. Da Schulen gerade im ländlichen Raum weit mehr sind als ausschließlich „Lernort“, sollte der Erhalt auch über Gemeindegrenzen hinweg mehr als nur Lippenbekenntnis sein. Dazu sind u.a. Vereinbarungen zwischen Gemeinden zu Schuleinzugsbereichen ein wesentlicher Aspekt zur Sicherung von Grundschulen in der Region. Dies schließt die Verständigung über vertretbare Gastschulbeiträge mit ein.

Auf jeden Fall sollte es den jungen Menschen möglich sein, alle Bildungsabschlüsse wohnortnah zu realisieren. Dazu muss es möglich sein, Ausnahmen von den gesetzlichen Landesvorgaben flexibler und ergebnisorientierter zu gestalten (siehe z.B. Außenstelle Havelberg des Tangermünder Gymnasium). Perspektivisch sind wir für den Aufbau einer Gemeinschaftsschule als „Eine Schule für Alle“.

Ein bedeutender Standortfaktor der Region ist die Fachhochschule. Deren weiterer Ausbau sollte gemeinsames Anliegen aller sein.

5. Soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur

Die Wahrnehmung der in der Region vorhandenen Struktur an sozialen Beratungsangeboten und Einrichtungen sowie der Zugang zu Kultur und Sport ist im Wesentlichen von der Mobilität abhängig und kommuniziert deshalb mit der Forderung unter II.3.

Darüber hinaus bekommen für eine ländliche Region wie die Altmark mobile Angebote eine immer höhere Bedeutung. Sind Außenstelle und Sprechtag in der Sozialberatung, Fahrbücherei und „Abstechertheater“ heute unverzichtbar, ist im Bereich der Jugendhilfe zur Aufrechterhaltung eines Mindestangebotes in der Fläche über neue Modelle nachzudenken. Mobile Jugendhilfeangebote und ähnliche Denkansätze sind ausbaufähig, sollten aber immer unter qualifizierter sozialpädagogischer Leitung bzw. Betreuung angeboten werden.

Die drohende gesundheitliche Unterversorgung bestimmter Teilregionen in der Altmark stellt eine große Herausforderung dar, die es erfordert, dass die regional Verantwortlichen gemeinsam mit Ärztekammer und kassenärztlicher Vereinigung einen integrierten Lösungsansatz für die Altmark suchen und Anreize für Mediziner schaffen, sich in der Altmark niederzulassen. Bewährte Instrumente, wie Hausarztstellen und mobile Praxisassistentinnen, müssen über den Modellcharakter hinaus entwickelt werden. Auch für die gesundheitliche Grundversorgung ist ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr unerlässlich.

6. Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Die Altmark war nie eine prosperierende wirtschaftliche Region und wird es allen tagespolitisch geäußerten Wünschen zum Trotz vermutlich auch nie werden. Die Region muss sich auf ihre wenigen Stärken stützen und diese konsequent fördern und ausbauen. Dann kann sie heranwachsenden Menschen auch wieder eine Perspektive in der Region geben.

Traditionell hatte die Landwirtschaft und die sich daran anschließende, verarbeitende mittelständische Industrie immer einen hohen Stellenwert. Hier hat sich in den zurückliegenden Jahren beachtliches entwickelt. Orientiert an dem Modell des integrierten, geschlossenen Stoffkreislaufes ist dieser Sektor auch vor dem Hintergrund nachhaltigen Wirtschaftens ausbaufähig.

Neuere Untersuchungen und aktuelle Projekte zeigen, dass die Altmark auch als Standort für regenerative Energien lukrativ ist und sich bei konsequenter Verfolgung dieses Ansatzes beachtliche Beschäftigungseffekte einstellen könnten. Wie aus der auf Anregung unserer Kreistagsfraktion erarbeiteten und der Öffentlichkeit vorgestellten Studie „Energieausblick Altmark“ deutlich wird, zählt dazu unbedingt die Nutzung der Geothermie. Die Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes würde u.a. die Nutzung dieser Energieressource verhindern. Die Entwicklung dieser beiden Zweige nimmt die natürlichen Gegebenheiten der Altmark auf und kommuniziert verträglich mit dem wachsenden, sanften Reit- und Radtourismus.